

Preis-Müller

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

III. 45

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Clara-Breit-Straße 1, Fernspr. 5-8246.

Hamburg, den 10. November 1917

Anzeigen kosten die flinsgesparte Non-
pareilzelle oder deren Raum 50 Pf. (der
Betrag ist netto so hoch einzuhalten).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zelle.

31. Jahrg.

Warnungssignale.

Offenbar hat die deutsche Arbeiterschaft alle Ursache, mit gespannter Aufmerksamkeit ihr Augenmerk darauf zu richten, daß sie bei der Neugestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege nicht unter den Schlitzen gerät. Sie hat alle Veranlassung, mit scharfen Widen die Vorgänge in unserem Wirtschaftsleben zu verfolgen und ihre Maßnahmen dahin zu treffen, daß ihre Interessen in jeder Beziehung und nach allen Richtungen hin gewahrt bleiben. Die wirtschaftlichen Umwälzungen, die der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft mit sich bringen wird, sowie die grundlegenden Veränderungen, die sich in der künftigen Friedenszeit in unserm Wirtschaftsleben vollziehen werden, bergen große Gefahren in sich für die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage des deutschen Proletariats. Und da es den Arbeitern und Arbeiterinnen durchaus nicht gleichgültig sein kann, wie sich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach Beendigung des Krieges gestalten werden, so ist es ihre Pflicht, und es liegt auch in ihrem ureigensten Interesse, daß sie zielbewußte Wirtschaftspolitik treiben. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, als wirtschaftliche Interessenvertretungen der Arbeiter frühzeitig und tatkräftig einzutreten und Vorteile zu erringen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden nach Schluß des Krieges wirtschaftliche Kämpfe von nie gekannter Stärke entbrennen, da das Unternehmertum keine Lust begeigt, auch nur auf einen geringen Teil seines Gewinnes und seiner Alleinherrschaft zu verzichten. Da anderseits die klassenbewußten Arbeiter auf der Durchsetzung ihrer Ansprüche und Forderungen bestehen, so muß es zu einem Kampfe kommen, der mit wirtschaftlichen Mitteln und zu wirtschaftlichen Zwecken geführt wird. Aus diesem Grunde würde es ein verhängnisvoller Fehler sein, wollte die deutsche Arbeiterschaft ihre gesamte Kraft lediglich auf die Erringung politischer Vorteile richten und darüber die auf wirtschaftlichem Gebiete drohenden Gefahren übersehen. So notwendig das volle Mitbestimmungsrecht in Staat und Gemeinde ist, und so hoch man die politische Freiheit eines Volkes schätzen muß, ebenso wichtig ist es aber auch, die wirtschaftliche Lage der Unterschichten vor einer Verschärfung zu schützen und sie im Gegenteil fortwährend zu verbessern.

Bei der Beurteilung der proletarischen Lebenshaltung kommt es vor allen Dingen auf die Höhe des Arbeitslohnes an, und zwar muß der Lohn so hoch sein, daß der Arbeiter damit den Bedarf für sich und seine Familie ausreichend zu decken vermag. Daraus folgt, daß die deutsche Arbeiterschaft alles daran setzen muß, um ein Herabdrücken der Arbeitslöhne zu verhindern. Allerdings sind die Löhne in einigen Erwerbszweigen gegenwärtig hoch; aber hier trügt der Schein; denn bei näherer Betrachtung sieht man sofort, daß die Löhne im Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen gegen früher nicht höher, sondern niedriger geworden sind, weil man dafür nicht mehr, sondern weniger kaufen kann als früher. Damit erledigt sich ohne weiteres das Gerede über die angeblich so hohen Arbeitslöhne. Nun steht aber schon heute fest, daß die Lebensmittelpreise auch in der künftigen Friedenszeit noch auf Jahre hinaus sehr hoch bleiben und daß die Wohnungsmieten vermutlich noch steigen werden. Die Teuerung wird noch lange anhalten, weil die Lebensmittelzuflüsse aus dem Auslande einstweilen sehr knapp sein wird und weil überhaupt erfahrungsgemäß die Lebensmittelpreise sehr leicht emporsteigen, aber nur sehr langsam wieder heruntergehen. Die Lebenshaltung aller Bevölkerungsschichten wird nach dem Kriege dauernd viel kostspieliger sein und bleiben als vor dem Kriege, und unter dieser Teuerung werden besonders die proletarischen Schichten am meisten zu leiden haben. Hinzu kommt noch, daß die Lasten und Abgaben, die der Weltkrieg jedes Volk im Gefolge hat, auch das Proletariat sehr drücken werden. Dies ist um so

schlimmer, weil die bestehenden Klassen mit hohem Einkommen imstande sind, diese Lasten auf fremde Schultern abzuwälzen, während die Unterschichten hierzu nicht in der Lage sind. Unter diesen Umständen ist es geradezu eine Lebensfrage für die deutsche Arbeiterschaft, daß es dem Unternehmertum nicht gelingt, die Arbeitslöhne ohne weiteres wieder auf den Stand der Friedenslöhne herabzudrücken, weil dann die Lebenshaltung der Volksmassen ungemein verschärft und das Massenelend eine erschreckliche Höhe erreichen würde.

Tatsächlich geht das deutsche Unternehmertum, wenigstens soweit es sich um das berüchtigte Scharfmacherorgan „Die deutsche Arbeitgeberzeitung“ schart, mit dem Plane um, eine wesentliche Herabsetzung der Arbeitslöhne nach dem Kriege vorzunehmen. Schon seit längerer Zeit erkört in diesen Kreisen immer wieder die Klage, daß die Arbeitslöhne unter dem Drucke der Kriegszeit auf eine „unheimliche, ungerechtfertigte und unvernünftige Höhe“ gestiegen seien. Während man kein Wort hört über die Kriegsgewinne der Fabrikanten, Landwirte und Händler, die demnach als durchaus berechtigt und zeitgemäß angesehen werden, während auch nicht ein Wort geschrieben wird über die wahnsinnigen Preise aller Lebensmittel, die die hohen Löhne wieder auffressen, wird lediglich und ausschließlich auf die Leser eingewirkt durch die Behauptung, daß die Arbeiter viel zu viel verdienten. Dabei wird hingewiesen auf die ungünstigen Verhältnisse der Beamten und Privatangestellten, deren Gehalt verhältnismäßig nur wenig gestiegen sei, und es wird mit sittlicher Entrüstung geschimpft über den unerhörten Luxus, der gegenwärtig von den gutbezahlten Arbeitern und deren Frauen getrieben werde. Die unverhältnismäßig hohen Arbeitslöhne, so wird gesagt, deren jetzige Höhe auch durch die gewaltige Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nicht gerechtfertigt ist, hat nur dazu geführt, daß der Luxus in den Kreisen der Arbeiter und deren Angehörigen mit der Dauer des Krieges immer mehr angenommen hat. Und diese Arbeitslöhne, so wird weiter behauptet, sind auch schuld an den hohen Warenpreisen, weil sie die Herstellungskosten wesentlich verteuern. Darum ist es die höchste Zeit, daß mit Lohnherabsetzungen vorgegangen wird — wenn nicht schon während des Krieges, so doch wenigstens gleich nach Friedensschluß.

Wir würden unsere Berufskollegen beleidigen, wenn wir hieran auch nur eine einzige Silbe der Widerlegung verschwenden wollten. Eine solche „Beweisführung“ richtet sich selbst. Alles, was von den hohen Löhnen und dem Luxus der Arbeiter und der Arbeiterinnen geschrieben wird, hat ja lediglich den Zweck, für eine Herabsetzung der Arbeitslöhne Stimmung zu machen und die erforderlichen Maßnahmen vorzubereiten. Es herrscht offenbar die Absicht vor, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die nach Friedensschluß unvermeidlich sind, auf Kosten der Arbeiterschaft zu beseitigen. Die deutsche Arbeiterklasse soll die Recke bezahlen, während an den Gewinnen der industriellen und agrarischen Kapitalisten nicht gerüttelt werden darf. Das Unternehmertum vertritt ausschließlich seine eigenen Interessen, redet aber heuchlerisch von der „Förderung der Gesamtinteressen der deutschen Volkswirtschaft“; es betont bei jeder Gelegenheit sein warmes Herz für das Wohl des Arbeiterstandes; aber wenn es darauf ankommt, Opfer zu bringen, dann müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen Haare lassen.

Wohnungswesen und Arbeiterschaft.

Wer die Kulturhöhe eines Volkes richtig beurteilen will, der zieht neben dem allgemeinen Bildungsstand der großen Volksmassen ganz besonders auch den Stand ihres Wohnungswesens als Maßstab heran. Eine wirklich hohe Kultur kann ein Volk in seiner Gesamtheit nur dann haben, wenn es körperlich und geistig gesund ist, und körperlich und geistig gesund kann ein Volk wieder nur sein und bleiben, wenn es neben guter und genügender Nahrung und Kleidung auch genügend gesunde Wohnungen hat. Wer

in engen, dunklen und schmützigen Räumen haust, in die vielleicht das ganze Jahr kein Sonnenstrahl fällt, der muß mit der Zeit an Körper und Seele Schaden leiden und schließlich endgültig zugrunde gehen, ähnlich wie die Blume zugrunde geht, die man aus einem hellen, sonnigen Zimmer in dumpfe und lichtlose Räume verpflanzt.

Welch grohe Bedeutung dem Wohnungswesen für die Volksgeundheit zukommt, dafür liefert uns die Statistik einen eindeutigen Beweis. In Berlin zum Beispiel, das besonders im Norden und Osten der Stadt zahlreiche ungefundene Massenwohnhäuser mit geradezu gefährlichen Keller- und niedrigen Hofwohnungen hat, wurden vor dem Kriege von je 100 Siedlungspflichtigen jungen Männern nur 21,0 als militärauglich befunden, gegen 68,9 in den ländlichen Bezirken. Die Militärauglichkeit in den ländlichen Bezirken war also nahezu doppelt so groß wie in der Großstadt Berlin. Nach Feststellungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin sind die Lungenerkrankungen bei ihren in Berlin geborenen männlichen Mitgliedern aus dem Gewerbebetriebe der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker um 15 bis 20 Prozent höher als bei ihren von außerhalb zugewanderten Mitgliedern. Nach dem Statistischen Jahrbuch des preußischen Staates starben auf je 10 000 Einwohner an Tuberkulose: in Ostpreußen 11,9, in der Provinz Brandenburg 18,4, und in Berlin 20 Einwohner. Die starke Kindersterblichkeit in den großstädtischen Massenquartieren, besonders in den Seitenflügeln ohne Querlüftung, ist allgemein bekannt. Während nach statistischen Feststellungen in 29 Städten auf je 1000 Geburten durchschnittlich 170 Säuglinge sterben, steigt diese Zahl in einzelnen Städten oder Stadtteilen auf 350 und mehr.

Diese Beispiele, die sich beliebig vermehrten ließen, zeigen besser als viele Worte, welchen Einfluß das Wohnungswesen auf die Volksgeundheit hat. Gute und gesunde Wohnungen sind geradezu die Voraussetzung für die Gesundheit des Volkes. Darum ist jeder Volksgenosse, so weit er nicht als Hausbesitzer oder Grundbesitzer von volksgefährdem Eigentum gelebt wird, und darum ist auch das Volksangehörige, der Staat, an dem Vorhandensein ausreichender, guter und gesunder Wohnungen interessiert. Denn nur ein körperlich und geistig gesundes Volk ist auch zugleich ein wehrhaftes Volk, und nur ein solches Volk wird in der Weltwirtschaft den Weltbewerb anderer Völker aushalten können.

Ist aber der Staat und jeder einzelne Volksgenosse an der Verbesserung unseres Wohnungswesens interessiert, so sind dies die Arbeiter in ganz besonderem Maße. Denn sie sind es ja, die unter dem bestehenden Wohnungselend am allermeisten zu leiden haben. Infolge ihres oft recht geringen Einkommens können sie für eine Wohnung niemals soviel zahlen wie andere, besser gestellte Schichten des Volkes. Darum bleiben für sie stets die kleinsten, billigsten und natürlich auch schlechtesten Wohnungen übrig. Besieht eine Wohnungsknappheit, was ja leider in sehr vielen Orten schon in normalen Zeiten die Regel ist, so müssen für die schlechtzahligen Arbeiter nicht selten Räume als Wohnung dienen, die dazu völlig ungeeignet sind: dumpfe, müffige Keller, in denen das blühendste Leben verwelkt, feuchte Höwohnungen voller Ungeziefer, kalte und zugige Bodenträume. Diese Wohnungen sind dann in der Regel auch noch überfüllt; denn ihre Mieter sind nicht selten kinderreiche Familien, die für eine Wohnung noch weniger auszugeben können als die mit weniger Kindern „gesegnete“ übrige Arbeiterschaft. Oder sie sind gezwungen, einen Teil ihrer Wohnung an Schafbuschen oder „Chambregarnisten“ abzutreten. Während eine vierköpfige Familie neben der Küche mindestens zwei, für mehr Personen mindestens drei ordentliche Wohnräume haben müßte, wohnen in Berlin 600 000 Menschen so, daß auf mehr als vier Personen nur ein einziges heizbares Zimmer kommt. In Posen schlafen 26 000 Personen zu sechs und mehr in einem einzigen Raum; mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung Posen's muß sich mit einem einzigen Wohnraum behelfen. Nicht viel besser ist es in manchen andern Städten.

Das sind Zustände, die des deutschen Volkes nicht würdig sind, und deren Beseitigung alle Freunde des Volkes, ganz besonders aber die Arbeiter, anstreben müssen. Es ist dringend notwendig, daß man nach dem Kriege endlich unser Wohnungswesen gründlich reformiert und dafür sorgt, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit so wohnen kann, wie es eines Kulturvolkes vom Range des deutschen allein würdig ist. Dazu ist vor allem nötig, daß das von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten geforderte Kielwohngesetz endlich erlassen wird, daß man ein Reichswohngesetz amtiert und kommt in nationale Wohnungsumstet einrichtet, und daß man für regelmäßige Wohnungs- und Leerwohnungszählungen sowie für eine dauernde Wohnungskontrolle Sorge trägt.

Aber nicht nur an guten Wohnungen ist die Arbeiterschaft stark interessiert; ihre Wohnungen sollen außerdem auch billig sein. In den letzten Jahrzehnten

und die Häuser und Wohnungen immer mehr zu Waren geworden und die Wohnungsmieten andauernd gestiegen, so gerade diese Mietsteigerung hat die Weise der Arbeiterschaft und der kleinen Beamten eine stärkste Einschränkung im Wohnen gezwungen. Hervorgerufen wird die Mietsteigerung nicht, wie von den Haushaltern und ihrer Presse so oft behauptet wird, durch die „hohen“ Arbeiterschäfte, sondern in erster Linie durch die wahnwitzige Spekulation mit Gütern wie mit Grund und Boden, sowie durch das Missmanagement der privaten Wohnungsbesitzer und Haushalter. Wenn für Baupläne, die vielleicht vorher gar keinen Nutzen hatten, märchenhafte Preise gezahlt werden müssen, wenn die Unternehmer beim Bau möglichst viel profitieren wollen, wenn ein Haus alle paar Jahre seinen Besitzer wechselt und jeder neue Mieter von den Mieten unter wieder gut leben und beim Verkauf wieder verdienen will, so ist die Mietsteigerung einfach unvermeidlich. In vielen Orten haben die an teuren Wohnungen interessierten Kreise einen Wohnungsmangel geradezu lästiglich herbeigeschafft, um die Mieten nachzuleben steigen zu können.

Diesem Treiben ist mit Aussicht auf Erfolg nur durch die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Wohnungen durch die gemeinnützige Bauaufgabe entgegenzuwirken. Denn mit den Wohnungspreisen ist es heute genau wie mit den Preisen anderer Sachen auch: in das Angebot stärker als die Nachfrage, so sinkt das Nebengerübe auf den Preis, ist dagegen die Nachfrage stärker als das Angebot, so steigen die Preise rasch über den wirtschaftlichen Wert. Von den Nachbarn des alten Hauses ist in dieser Beziehung keine Hilfe zu erwarten. Diese Leute werden sich nicht die Quelle verstopfen, aus der ihnen der Goldstrom sprudeln soll.

Die Arbeiter sind fast durchweg auf Kleinwohnungen angewiesen. Sie müssen deshalb auf die Herstellung von Kleinstwohnungen auch besonderen Wert legen. In diesen Wohnungen hat es aber schon vor dem Kriege in vielen Orten geschafft. In einzelnen Orten war die Kleinwohnungsnot so groß, dass die Behörden durch die Vergabe von Stiftswohnungen dem Leben abhelfen mussten. Während des Krieges haben sich auf dem Gebiete des Kleinwohnungswesens ganz besonders ungünstige Verhältnisse entwickelt. Die Wohnungsbautätigkeit ist schon in den ersten beiden Kriegsjahren sehr stark eingeschränkt worden. Im letzten Jahre hat sie fast ganz geruht. In 45 deutschen Städten sind im Jahre 1916 nach einer Übersicht des Kaiserlichen Statistischen Amtes nur 1000 Wohngebäude mit 5055 Wohnungen errichtet worden, gegen 9507 Wohngebäude mit 51107 Wohnungen im Jahre 1912. Seit einiger Zeit in die Wohnungsbautätigkeit durch die Generalkommandos ist ganz unmöglich gemacht, weil man die noch vorhandenen Arbeitskräfte und Ressourcen zur Ausführung der nötigen Kriegsbauten braucht. Durch all das ist ein gewaltiger Aufstand und Reue geboren, den man jetzt ermessen kann, wenn man bedenkt, dass Deutschland in Friedenszeiten für jeden jährlichen Bevölkerungszuwachs von 800 000 bis 900 000 Menschen alljährlich mehr als 200 000 neue Wohnungen braucht, abgesehen von dem Abgang an alten und unbrauchbar gewordenen Wohnungen. Der Kleinwohnungsmangel nimmt denn auch in manchen Orten heute schon geschehliche Formen an, besonders in manchen Garnisonsstädten und in Orten mit starker Kriegsindustrie. Dabei wirkt dem Wohnungsmangel während des Krieges manche Dinge entgegen, besonders die Auflösung von Haushaltungen für die Dauer des Krieges und die Versiedlung von Kriegerfreunden zu Verbündeten.

Geschieht aber in manchen Orten schon heute ein Mangel an Kleinwohnungen, so ist nach dem Kriege geradezu eine gefährliche Kleinwohnungsnot zu befürchten, wenn es nicht gelingt, bis zur Rückkehr der Kriegsteilnehmer genügend neue Wohnungen zu schaffen. Denn es werden dann nicht nur viele aufgelöste Haushaltungen wieder neu gegründet werden, sondern auch die vielen Kriegsgetratenen wollen Wohnungen haben. Da wird es selbst in solchen Städten schwer, wo heute noch ein großer Prozentsatz von Kleinstwohnungen leer steht. Ist doch zum Beispiel in München festgestellt worden, dass den dort im Spätherbst 1915 gezählten 373 leerstehenden Kleinwohnungen schon damals 788 Kriegsgetratenen gegenüberstanden. Zwischen sind zwei Jahre vergangen, ohne dass eine nennenswerte Zahl von Wohnungen gebaut worden ist, während die Zahl der Kriegstreuen andauernd zugenommen hat. Und der Krieg ist noch immer nicht zu Ende. Wenn er zu Ende geht, werden weitere Hunderttausende Menschen von jungen Leuten geschlossen werden, die während des Krieges das Feuerstädtische Alter erreichten und die dann ebenfalls Wohnungen haben müssen. Dazu kommt, dass nach dem Kriege viele Mieter aus größeren in kleinere Wohnungen überziedeln werden, weil die sicher auch nach dem Kriege noch andauernde Gemeine Teuerung in erster Linie zur Einschränkung auf dem Gebiete des Wohnwesens zwinge. Der Aufstall von Wohnungsmietern durch die auf den Schlachtfeldern Gefallenen wird demgegenüber kaum ins Gewicht fallen; denn somit diese verheiratet waren, müssen ja in der Regel auch ihre Familien Wohnungen haben. Auch diese Familien werden höchstens aus größeren in kleinere Wohnungen überziedeln und dadurch die bestehende Kleinwohnungsnot noch vermehrern. Da betrifft dann nicht nur die Gefahr, dass zahlreiche Ehepaare keine Wohnung bekommen können: die Haushälter werden die denn eintretende Wohnungsnot auch rücksichtslos zur Erziehung der Menschen ertragen. Zwar kann vereinzelt ja sie und ihre Vereine die Leistungsfähigkeit daran vor, dass Mietsteigerungen bis zu 35 v. H. nötig seien, und wenn nicht in manchen Orten die Generalkommandos eingreifen hätten, und wenn nicht des regenartigen Wissens der Kleinwohnungsämter wäre, so könnten die Mieter schon während des Krieges ihr Hauses Wunder erleben! Die Arbeiterschaft kann aber leider jetzt noch nach dem Kriege eine sinnvolle Vertierung der Mieten ertragen.

Die Förderung des Kleinwohnungsbauens ist also dringend notwendig, wenn es nach dem Kriege nicht zu gefährlichen Zuständen auf dem Gebiete des Wohnungswesens kommen soll. Und es wird dem Kriege vom privaten Wohnungsbau nicht viel zu erwarten sein, da es weiter auch an Geld zum Bauen fehlen wird, so muss die gemeinsame Wohnungsbautätigkeit mit allen Kräften gefordert werden. Arbeit, Einzelunternehmen und Gemeinden müssen endgültig kleine Kleinwohnungen zwar oder der

gemeinnützigen Bautätigkeit durch Aufschließung von Bau-land, Vergabe billigen Baugelobes, Beschaffung billiger Hypotheken usw. unter die Arme greifen. Auch ist der Ausbau des Verkehrsnetzes zu fördern, damit die großstädtischen Arbeiterschaft mehr als bisher die Möglichkeit der Ansiedlung in Vororten und ländlichen Gebieten erhalten. Aber können und müssen die Träger der deutschen Arbeiterschaftserungen: die Landesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften, Krankenkassen und andere gemeinnützige Institutionen den Kleinwohnungsbau durch Vergabe von Geldern fördern. Und schließlich kann auch die Heeresverwaltung den Kleinwohnungsbau fördern, indem sie der gemeinnützigen Bautätigkeit sofort nach Friedensschluss die große Menge der an der Front befindlichen Baustoffe für billigen Preis zur Verfügung stellt.

Alles in allem ist die Lösung der Wohnungsfrage, deren Ursprung hier nur kurz angedeutet werden könnte, nur ein Teil der nach dem Kriege notwendigen allgemeinen Neuordnung. Es wird Aufgabe der wirtschaftlichen und politischen Vertretungen der Arbeiter sein, an dieser Neuordnung tatkräftig mitzuwirken. Je stärker die Arbeiterschaft durch festen Zusammenchluss in ihren Organisationen ist, um so besser werden die Arbeiter sowohl bei der Lösung der Wohnungsfrage wie bei der allgemeinen Neuordnung im Kriege führen.

M. Ellinger.

Aus unserm Beruf.

Das älteste Mitglied unseres Verbandes, der Kollege Wilhelm Böhme in der Filiale Hamburg, wurde vor kurzem 77 Jahre alt. Der Kollege ist noch recht kräftig; seit längerer Zeit arbeitet er schon in einer Pulversfabrik. Ein langes, arbeitsvolles Leben hat er zwar hinter sich, leider ist es ihm nicht vergönnt, in Ruhe seine alten Tage zu verleben. Am 17. November feiert der Kollege seine goldene Hochzeit. Eine gewiss seltene Feier bei einem Berufskollegen. Den Jubelpaare entbieten wir unsere besten Glückwünsche.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Kaiserslautern. Im Meisterswettkampf ist hier vollständige Ruhe eingetreten, nachdem die kleineren Meister fast alle am Dissozialisierungswettbewerb teilgenommen hatten und unsere Kollegen aus diesen Betrieben alle in der Kriegsindustrie arbeiten. Die noch in den Möbelfabriken arbeitenden Kollegen haben, im Anschluss an die Holzarbeiterbewegung, ebenfalls Lohnausbesserungen erzielt, und stehen die Grundlinie derselben nun durchschnittlich auf 85 %. Durch ein gutes Zusammenspielen von Gewerkschaftsvertretung und Arbeiterausschüssen ist für den größten Teil der Arbeiterschaft und auch für unsere Kollegen die Schwerarbeiterzulage gesichert. Unsere Mitgliederzahl ist durch weitere Einberufungen auf sieben Mann gesamtvergnüglich erhöht.

Mannheim. Die vierteljährliche Mitgliederversammlung hatte sich am 30. Oktober im Lokale Geiß zusammengefunden, um den Geschäfts- und Kassenbericht sowie einen Vortrag des Bezirksleiters über die Aufgaben unserer Organisation, ihre Finanzen und die Gestaltung der Beitragsfrage entgegenzunehmen. Kollege Nagel eröffnete die Versammlung um 8½ Uhr. Im Geschäftsbericht wurde insbesondere auf die im abgelaufenen Quartal geführten Lohnbewegungen bei Lang, Benz, Reibarth & Höfmann und Pfalzflugszeugwerke hingewiesen, die, wie Kollege Kehl berichten konnte, alle mit geringem Erfolg abgeschlossen werden konnten; nur in den Flugzeugwerken sei die Sache noch nicht abgeschlossen. Für Mannheim und Ludwigshafen konnte durch besondere Verhandlungen des Bezirksleiters die Teuerungszulage für 1917 auf 18 %, für Frankenthal auf 15 % vereinbart werden. In der Diskussion, die sich an den Vortrag des Kollegen Huh anschloss, begrüßte insbesondere der auf Urlaub aus Rumänien antretende Kollege Weißling die erfolgreiche Arbeit des Verbandes und spendete dafür warmen Dank und Anerkennung. Kollege Faustmann, der als Bezirkssprecher der diesjährigen Beiratsbildung anwesende, nahm zur Beitragsfrage ebenfalls das Wort und empfahl die Zustimmung zu den Beiratsbeschlüssen. Die Versammlung kam zu folgender einstimmigen Entschließung: „Die Versammlungen anerkennen die Tätigkeit der Verbandsleitung während der Kriegszeit. Sie begrüßen die geplante Auszahlung der Familiunterstützung an den kommenden Weihnachten und stimmen der zum Frühjahr beantragten Beitragsförderung sowohl der Hauptklasse, wie auch der Lokalklasse mit zusammen 20 % pro Woche zu.“

Eingesandt.

Zur Beitragserhöhung.

Nachstehende Ausführungen zur bevorstehenden Beitragserhöhung sendet uns aus dem Norden ein Mitglied der Filiale Braunschweig:

Eine alte Wahrheit ist, dass moderne Gebäude nicht ohne gesunde finanzielle Verhältnisse bestehen können. Nur die Dauer mit Unterfangen arbeiten, führt zuletzt zum Zusammenbruch. Von diesen Gesichtspunkten aus gingen Vorsitzend und Beirat, und man fand dem Entschluss, den Beitrag zu erhöhen, nur zuzimmen. Jeder an die Zukunft denkende Arbeiter wird den Ausführungen in Nummer 11 unseres „Verein-Anzeiger“ ohne Weiteres zustimmen. Die Kasse ist nun einmal die Seele der Gewerkschaftsbewegung. Darum muss diese auch erhalten, und wenn nötig, verstärkt werden.

Aus der Beobachtung der gegenwärtigen Wirtschaftslage lässt sich mit Sicherheit schließen, dass die dem Kriege folgende Zeit wohl die härteste wird, die die klassenbewusste Arbeiterschaft durchlebt. An Kämpfen und Nöten wird uns nichts erspart bleiben; es sei denn, wir hätten bereits die politische und wirtschaftliche Macht, unsere Gegner zu zwingen, uns als gleichberechtigt anzuerkennen. Was bedeutet der aus der Zeit der Zeit geborene „Burgfriede“? Nichts weiter, als ein Stück Papier, das zerreißen wird, sobald die Zustimmung nicht mehr vorhanden ist. Eine

solche Harmonie ist solange unmöglich, solange es Gegenseite gibt. Das aber die Gegenseite zwischen Unternehmern und Arbeitern vorbesteht, wird wohl niemand leugnen wollen. Beweise für die Richtigkeit unserer Behauptung bietet der Widerstand gegen die Förderung der sozialen Gesetzgebung. Auch die Widerstände gegen das Hilfsdienstgesetz, aus zwei ganz verschiedenen Ursachen, bezeugen das. Nur den Neuerungen vieler Unternehmen erkennt man, dass sie nicht gewollt sind, ihren Herrenstandpunkt zu verlassen; und die Proteste der Arbeiter hiergegen beweisen, dass sie nichts von ihrer Forderung auf Gleichberechtigung aufgenommen haben.

Das Verhältnis, was die Arbeiter tun können, wäre, ihre Organisationen vielleicht in der Hoffnung aufzugeben, dass der Staat die Regelung der Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeiter vornehmen würde, sobald der Krieg vorbei ist.

Soweit sind wir noch lange nicht. Wohin die Reise geht, zeigten uns die Ereignisse des letzten Jahres im Reichstag. Um einen Druck des Staates auf die Unternehmer zu erzielen, müsste der politische Einfluss der Arbeiterklasse bedeutend größer sein. Solange die Gesetze gemacht werden, um das Volk zu bevormunden, solange ist an eine gesetzliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht zu denken.

Die Vorgänge während der verflossenen Reichstage lehren uns, dass schwere Kämpfe in Staat und Gesellschaft zu erwarten sind. Dazu gesellt sich ein Faktor, der nicht vergessen werden darf. Die ungeheuren Kriegsgevinde begünstigen die Bildung großer Kapitalmassen. Die Besitzer dieses Gelbes gewinnen dadurch, dass Geld und Macht bedeuten, ein Einfluss auf das Staatswesen, und werden somit ihre Vertreter zu bestimmten versuchen, Fortschritten der Sozialgefegebung entgegenzuhalten. Auch da bleibt der Arbeiterklasse nichts übrig, als den Kampf auch nach dieser Seite aufzunehmen.

Vergibt nie, dass um Fortschritte durchzusehen, Macht nötig ist. Diese Macht hat Ihr Kollegen, sofern die Organisationen lampenfestsig bleiben. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung lehrt uns, dass es mit Hilfe der Organisation stets dann möglich war, Erfolge zu erzielen, wenn sie gefüllte Kassen hatte. Das Geld ist für die Organisation, was Munition und Lebensmittel für den Soldaten bedeuten, nämlich die Voraussetzung des Erfolges.

Die wir schon jahrelang anstatt friedlicher Arbeit dem Werke der Vernichtung obliegen, denken ständig an Guß, das Ihr ebenfalls schwer mit dem Mangel und den abnormalen Teuerungsverhältnissen zu kämpfen habt. Wir kennen die Entbehrungen, unter denen Ihr leidet, wissen auch, dass es schwer fällt, noch höhere Beiträge zu zahlen. Aber, Kollegen, bedenkt, dass es nur mit Hilfe der Organisation möglich war, einigermaßen auskömmliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Würdet Ihr die Fahne der Organisation verlassen, wäre das gleichbedeutend damit, sich dem Gegner waffenlos auszuliefern. Ihr wäre ein Spielball in den Händen der Gegner ohne Organisation. Das Einstellen der Beitragszahlung wäre Sparsamkeit an fahrlässiger Stelle; Vernichtung der Arbeit, die wir alle in gemeinsamer Tätigkeit geschaffen. Wir würden an dem Klassendienstfeind der Arbeiter verzweifeln, wenn wir noch Kriegsgefangen von neuem anfangen müssten, aufzuhören. Wir alle, die wir im Felde sind, wünschen nichts sehnlicher herbei, als den Augenblick, wo wir gegen unsere gemeinsamen Feinde kämpfen können. Kollegen, erhaltet unsere Organisation! Trebt ein für höhere Beitrag; Ihr leistet damit Zukunftarbeit! Kulturarbeit!

G. S.

Gewerkschaftliches.

Johann Küster, der langjährige Kassierer des Maurerverbandes und späteren Deutschen Bauarbeiterverbandes, ist am 27. Oktober in Hamburg im einundachtzigsten Lebensjahr gestorben. Ein reiches Leben im Dienste der Arbeiterbewegung hat damit seinen Abschluss gefunden.

Der Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, Karl Süßich, konnte am 7. November auf eine fünfundzwanzigjährige Tätigkeit als Vorsitzender zurückblicken. Süßich hat seinen verantwortungsvollen Posten nebenberuflich in einer Zeit angereten, die für eine gedeihliche Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen äußerst ungünstig war. Er hat sein Ziel, das er sich und dem Verbandsrätschaft gesteckt hat, auch nicht immer und oft nur auf großen Umwegen erreicht, was bei den schwachen Mitteln, die dem Verband zunächst bei der Verfolgung seiner Ziele nur zur Verfügung standen, nicht verwunderlich kann, betrug doch die Mitgliederzahl im Jahre 1892 — dem Amtsantritts Jahre Süßichs — nur rund 6000, das Verbandsvermögen — M 1466. Dennoch hatte der Verband auch in den ersten Jahren seiner Existenz ernste Kämpfe zu bestehen. Bei den ersten Bewegungen war Süßich allein die leitende Kraft, bei den späteren fand er freilich Unterstützung in den inzwischen eingeführten Gewerkschaften und in der Erweiterung des Hauptvorstandes. Dem praktischen Scharfsinn seines Vorsitzenden ist es aber nicht zuletzt zu verdanken, dass der Verband einen früher ungeahnten Aufschwung nahm und seine Erfolge sichlich mehrten konnte. Wir entbieten dem Jubilar unsere Glückwünsche und hoffen, dass ihm noch lange eine erfolgreiche Tätigkeit im Textilarbeiterverband vergönnt sein wird.

Der Fabrikarbeiterverband kam auch für den Monat September wieder einen erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen. Die Zunahme beträgt über 2000. Besonderswert ist der starke Zuwachs an weiblichen Mitgliedern. Ende September zählte der Verband über 10 000 weibliche Mitglieder mehr als bei Kriegsbeginn. Zum Heroldsdienst waren Ende September aus den berichtenden 418 Zahlstellen 102 162 Mitglieder eingezogen.

Kriegssteuerungszulagen im Schneidergewerbe. Zwischen dem Verband der Schneider und dem Unternehmerverband sind in Jena Verhandlungen über Teuerungszulagen gepflogen worden, die jetzt zum Abschluss gekommen sind. Die Vereinbarungen erstrecken sich über das ganze Reich und umfassen die Herren-, Damen- und Uniformschneider. Damit tritt ein vom 12. November dieses

Jahre ab die männlichen Arbeiter einen Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde, was pro Tag M 1 beziehungsweise M 6 pro Woche ausmacht. Die Stücklohnsätze für Altkordarbeiter sind entsprechend erhöht. Arbeiterinnen erhalten eine Zulage von 8 Pf. pro Stunde. Diese Zulagen sind auf die Dauer des Krieges geholt. Nach Friedensschluß ist eine einmonatliche Kündigung angängig. Erfolgt eine solche, dann sind nach den Vereinbarungen neue Unterhandlungen vorzusehen, um gegebenenfalls (zum Beispiel bei fortwährender Zeuerung) die Zulage in eine Friedenssteuerungszulage umzuwandeln. Hinzufigt sei, daß bereits seit dem 1. März 1917 — ebenso im ganzen Reich — eine allgemeine Lohn erhöhung von 25 Pf. gezahlt wird, die selbstverständlich auch fortwährend weiterbestehen bleibt.

Mit die Einigung in der Arbeiterbewegung zählt im Organ des Textilarbeiterverbandes der unabhängige Reichstagsabgeordnete Horn, Dresden, mit warmen Worten ein. Er hofft aufs tieftste den Brüderzwist, das unheilvolle Bestürnis in der Partei und seine ebenso unheilvolle Nachwirkung auf die wirtschaftliche Bewegung. Horn ist ein alter Gewerkschafter, der offenbar von der Sorge vor der Säidigung der Gewerkschaftsbewegung durch eine weitreichende Zersplitterung zu diesem Einigungskampf veranlaßt wurde. Nun steht sein eigenes Beginnen mit seinen Worten in grohem Widerspruch; immerhin begrüßen wir es, daß der Lieberdruck am Brüderkrieg innerhalb der Arbeiterschaft sich auch im unabhängigen Lager bemerkbar zu machen beginnt.

Die deutschen Gewerkschaften nach drei Kriegsjahren.

Vom Textilarbeiterverband gibt Dr. Kräsig, Berlin, folgendes Bild: Als in der letzten Julivwoche des Jahres 1914 das Kriegsunwetter heraufzog, stand der Deutsche Textilarbeiterverband im Begriff, sich mit seiner ganzen Einstellung einzusezen für die Arbeiterschaft der Textilfabriken in der Provinz Brandenburg, um sie ein für allemal zu befreien von dem übermütigen Terror der Unternehmerorganisation. Der Ausbruch des Krieges zwang zum Abbruch des Kampfes, der für die Arbeiter erfolgversprechend stand. Rund 128 000 Mitglieder, darunter 52 000 weibliche, musterte damals der Verband. Am 30. Juli 1914 war bei einer Quartalsseminnahme von rund M 849 778 ein Vermögensbestand der Hauptkasse von M 1 276 884 vorhanden. Da plötzlich kam der Krieg! Schön in der zweiten Kriegswoche hatte der Verband 21 257 arbeitslose Mitglieder. Die ersten zwei Monate Krieg hatten dem Verband mehr als eine halbe Million Mark für die Arbeitslosen gekostet. Im folgenden Quartal ging die Arbeitslosenzahl erheblich zurück. Bis zum 30. Juni 1917 wurden an Arbeitslosenunterstützung in der Kriegszeit M 1 810 419 gezahlt. Neben der Arbeitslosenunterstützung wurden später wieder in Kraft gesetzt die Sterbe-, Notstands-, Gemahnenregelten und neuerdings auch die Streifunterstützung. Bis zum 30. Juni 1917 wurden an Gesamtunterstützung M 1 688 175 gezahlt. Unendlich groß waren die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, um den Textilarbeitern zur Erkenntnis zu bringen, daß die gewerkschaftliche Organisation auch während des Krieges nötig sei. Heute steht die Organisation der deutschen Textilarbeiter da, gefestigt im Vertrauen der Arbeiter und gesichert in ihrer Aktionsfähigkeit. Am Schluß des Jahres 1916 war der Mitgliederverzehr der Mitgliederzahl. Mit dem Inkrafttreten des Hilfsblattes kam in das Arbeitsverhältnis der Textilindustrie ein fetischer Zug. An die Stelle der Einschränkung trat die Intensivierung der Produktion, und an Stelle des Mitgliederverzehrganges trat die Mitgliederzunahme. Die ersten sieben Monate des Jahres 1917 hatten eine Mitgliederzunahme von 18 486. Damit ist die Mitgliederzahl 70 000 wieder überschritten. Beim Abschluß des ersten Quartals 1917 konnten M 800 000 als Bestand der Hauptkasse gebucht werden. Rund M 200 000 Bestand hatten die Kollektiven aufzuweisen. Die Hauptkasse ist aber, daß aus den Kreisen der Mitglieder die Initiative getommen ist, die Beiträge zu erhöhen. Die Organisation ist also sorgsam bewahrt worden vor der Katastrophe, die am Beginn des Krieges drohte. Aber auch das Vertrauen der Mitglieder zum Verband ist erheblich gewachsen, was ein gutes Zeichen ist für seine Wirkung im Kriege und für die erfolgreiche Tätigkeit der Zukunft.

Sozialpolitisches.

Gegen Lebensmittelknappheit und Zeuerung nahm der in Würzburg abgehaltene sozialdemokratische Parteitag folgende Resolution einstimmig an:

Die ausreichende Versorgung des deutschen Volkes mit den notwendigsten Nahrungsmitteln ist für die Erhaltung seiner Widerstandsfähigkeit unerlässlich.

Der Parteitag billigt daher die Fortbewegungen zur Sicherstellung der Volksernährung, die der Parteivorstand gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften und die Reichstagsfraktion sogleich nach Ausbruch des Krieges und später wiederholte an die Regierung gerichtet haben und verurteilt es auf das schärfste, daß diese Fortbewegungen nicht in dem Umfang und nicht so schnell und durchgreifend zur Durchführung gelangten, wie es die Lage des vom Weltmarkt abgesperrten Deutschen Reiches gebot.

Die von der Regierung betriebene Politik der Halbheit und Verstärkung, die den kapitalistischen Gewerkschaften weitgehend Rechnung trägt, hat die Regelung unserer Nahrungsmittelversorgung unheilvoll beeinflußt und nicht zum wenigsten dazu beigetragen, daß sich auf dem Lebensmittelmarkt Zustände herausgebildet haben, die es den Erzeugern und Händlern ermöglichen, sich in unerhörtem Maße zu bereichern, während die minderbemittelte Bevölkerung bitterste Not leidet. Gegen die auf vorgetragene Preistiegerungen gerichtete Propaganda des Kriegsernährungsamtes, die auch die neuordnungs eingetretene, jeder Berechtigung entbehrende Erhöhung der Kartoffel- und Brotpreise bewirkt und zu einer fast unerträglichen Versteuerung aller Lebensmittel geführt hat, erhobt der Parteitag entschiedensten Protest und fordert wirksame Abbau der Lebensmittelpreise. Gegen die Herabsetzung der Kleinhandelspreise durch Bezeichnung von öffentlichen Gütern müssen grundsätzlich

Bedenken erhoben werden, da dieses Verfahren dahin führt, den Lebensmittelzulagen hohe Kriegsgewinne zu sichern und sonach ihrer Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit gleichkommt. Nur um der schlimmsten Notlage der ärmeren Volkschichten zu steuern, kann diesem Verfahren als kleineres Nebel von Fall zu Fall zugestimmt werden.

Die Lebensmittelergöngung kann lediglich durch Verreitung der Arbeiterschaft, Düngemittel, Saat, Geräte und Betriebsmaterialien gefördert werden. Hohe Preise erhöhen wohl die Kriegsgewinne der Erzeuger, nicht aber die Menge der erzeugten Lebensmittel. Sie ermöglichen den besitzenden Klassen eine ausreichende Ernährung, wohingegen sie den breiten Volkschichten immer größere Entbehrungen auferlegen.

Da auch die Händler durch spekulativen Preisstreitbereich und widerischen Schleichhandel zur Lebensmittelneuerung nicht unerheblich beitragen, kann dem Verlangen der Handelsinteressenten, den Betrieb der wichtigsten Lebensmittel wieder dem freien Handel zu überlassen, nicht zugestimmt werden. Im Gegenteil müssen alle für die Volksernährung wichtigen Lebensmittel beim Erzeuger durchgreifender als bisher erfaßt und im Wege öffentlicher Verwaltung sachgemäß als das bisher durch einzelne Kriegsgeellschaften geschah, zu angepaßten erschwinglichen Preisen allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugeführt werden.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen in den Parlamenten des Reiches und des Staates sowie in den gemeindlichen Körperschaften auf, wie bisher auch in Zukunft in diesem Sinne tatkräftig zu wirken, damit der schamlosen Bereicherung der Lebensmittelwucherer gesteuert und die Not des Volkes gemildert werde.

Einen Aufruf zur Bekämpfung des Schleichhandels hat die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamtes an alle Preisprüfungsstellen gerichtet, in dem es heißt:

Wie vor Jahr und Tag der Kettenhandel, so ist jetzt der Schleichhandel in den Mittelpunkt aller Kriegswirtschaftlichen Störungen und Gefahren gerückt. Er ist die gräßige Volksseuche dieses Weltkrieges geworden. Er stellt den mit der Überwachung des Lebensmittelverkehrs und mit der Verhinderung kriegswirtschaftlicher Übertritteungen beauftragten Preisprüfungsstellen wichtige Aufgaben. Der volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamtes ist es für ihre ständigen Arbeiten zur Verfolgung von Schleichhandelsfällen und zur grundsätzlichen Bekämpfung dieser Erscheinung dringend notwendig, über alle Beobachtungen und Vorschläge auf diesem Gebiete, die in der praktischen Arbeit und Beratung der Preisprüfungsstelle zutage treten, rasch und genau unterrichtet zu werden. Wir bitten alle Organisationen und Personen, die darüber Material zur Verfügung stellen können, dieses unverzüglich einzufinden. Eingeschlagene Maßnahmen und Vorschläge werden sich beziehen können sowohl auf die Kontrolle des Lebensmittelverkehrs zur Verhütung und Erfassung des Schleichhandels im Laden, auf dem Versand, im Angebot der Annonsen, beim Erzeuger, Zwischenhändler und Verbraucher. Sie können sich ferner auf Gedanken über die wirksamen politischen und strafrechtlichen Maßnahmen beziehen. Sie können die Erfahrungen der öffentlichen Verwaltung und des privaten Handels betreffen, die Handelsformen, Personentreize, Schläche und Lizenzen, Preise und Handelsmethoden des Schleichhandels. Jede Einzelheit ist wichtig. Die ganze Waffe der Erfahrungen muß vertrieben werden.

Um dem Schleichhandel nachdrücklich zu begegnen, ist in Sachsen auf Anordnung des Ministeriums des Innern vom sächsischen Landes-Lebensmittelamt dem Kriegsministeramt eine Abteilung angegliedert worden, deren Tätigkeit lediglich die Bekämpfung des ausgebreiteten Schleichhandels beinhaltet. In erster Linie soll sich die Tätigkeit der „Schleichhandelsrevision“ den immer mehr überhand nehmenden Geheimschlägereien zuwenden. Auch auf den immer noch blühenden Schleichhandel mit Butter werden die Revisionen der Schleichhandelsstelle ihr besonderes Augenmerk richten. Die bei den Revisionen ermittelten Waren fallen, soweit es sich um rationierte Waren handelt, unter allen Umständen der Beischlagsnachfrage anheim.

Massenheimkehr nach Friedensschluß. Wie kann die Masse der Heimkehrenden wieder in das Wirtschaftsleben übergeführt werden? Wie ist zu verhindern, daß nicht die schwerste Notlage durch Arbeitslosigkeit, Wohnungsnott usw. sofort eintrete? Seit diesen Fragen, die auch in unseren Kreisen schon des öfteren angerichtet und besprochen wurden, beschäftigte sich eine von der Kriegswirtschaftlichen Vereinigung in Berlin veranstaltete Konferenz, an der Vertreter der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen und der sozialen Hilfsarbeit teilnahmen. Die Verhandlungen waren eine Kündigung für schleunige Vorbereitung der Maßregeln zur Verhütung von Notständen, aber auch von unproduktiver Notlandsatzung.

Der Referent, Professor Dr. R. Wilbrandt, Lüchingen, betonte die Schwierigkeit des Problems. Zu lösen sei das noch nie dagewesene Problem der Unterbringung vieler Millionen Krieger, die in die Heimat zurückkehren, verändert an Leib und Seele und an Leistungsfähigkeit, doch gleich geblieben an Bedürfnissen, verlangend nach Nahrung, Kleidung und Wohnung, juchend nach Arbeit. Wenn auch darüber gestritten werde, ob Arbeitslosigkeit droht, so genüge doch die Unsicherheit, zur Vorsicht zu mahnen.

Während der Referent besonders an die Notstandsaktion der Ausführung von Landbauern dachte, legte der Korreferent Ministerialdirektor a. D. Dr. Thiel das Hauptgewicht auf die Landwirtschaft. Sie bietet die Möglichkeit, ein Heer von Arbeitskräften sofort aufzunehmen und zu produktiver Tätigkeit zu bewenden. Gehörter Regierungsrat Dr. Feig vom Kaiserlich Statistischen Amt sprach über den „Arbeitsmarkt nach dem Kriege“. Es genüge nicht, für Zentralisierung der Arbeitsvermittlung zu sorgen. Erforderlich sei Arbeitsbeschaffung in großem Maßstab; sie werde sich ermöglichen lassen durch Ausführung gutausgerichtiger Arbeiten zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft.

Als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften behandelte Umbreit die Fragen der „Arbeitsbeschaffung und Arbeitslosenunterstützung“. Der Mangel an planmäßiger Tätigkeit habe nach Kriegsausbruch bei der Umstellung der in-

budstrie uns bittere Erfahrungen gelöst. Gleichzeitig sei die Erkenntnis gelommen, daß auch die Umleitung zur Friedenswirtschaft einer planmäßigen Vorbereitung bedarf. Die deutschen Gewerkschaften waren es, die nachdrücklich hierauf hinwiesen. Sie fordern, daß kein Krieg stattfindet, nehm' er nach Friedensschluß noch länger als nötig bei im Heere zu rückzuhalten wird. Die Arbeitsbeschaffung für die Masse der Entlassenen werde sich natürlich nicht auf allen Gebieten gleichzeitig durchführen lassen. Unterschieden müsse man zwischen einstweilen noch entbehrliechen Arbeitern und notwendigen, die zuerst zu berücksichtigen seien. Zu diesen gehören zum Beispiel die Landwirtschaft und das für die Wohnungsherstellung wichtige Bauwesen. Auf die Arbeitsbeschaffung sei selbstverständlich das Hauptgewicht zu legen; aber die Gewerkschaften können, erklärte Umbreit, auch auf die Arbeitslosenunterstützung nicht verzichten. Diese Aufgabe solle nicht wieder den Gewerkschaften überlassen bleiben, wie es bei Kriegsausbruch gewesen sei. Abgesehen von der dort Gemeinden aufzuerlegenden Pflicht, hier einzutreten, müsse endlich im Reich eine Arbeitslosenunterstützung eingerichtet werden.

Der Schöneberger Stadtrat Dr. Licht erörterte das „Großstadtproblem“ der Wohnungsnott, das sich nach dem Friedensschluß und der Kriegserlassung uns aufdrängen werde. Den Groß-Berliner Gemeinden hielte er vor, daß sie bisher auf diesem Gebiete nichts getan haben. Das erkläre sich freilich aus der kommunalen Territorialität Groß-Berlins, aus dem Widerstand der preußischen Regierung gegen ein wirklich lebensfähiges Groß-Berliner Gemeinwesen. Dr. Käte Göbel forderte in ihren Aussführungen über „Frauenarbeit und Heimarbeit“ den Ausbau der Frauendienstungen bei den Arbeitsnachweisen. Die Notstandshilfe für die vielen nach Friedensschluß arbeitslos werdenden Frauen müsse im engsten Anschluß an die Arbeitsnachweise erfolgen. Direktor Dr. Kuehnsli vom Schöneberger Statistischen Amt behandelte den Zusammenhang zwischen „Wohnungsnott und Finanznot“. Die drohende Wohnungsnott wirksam zu bekämpfen und die Wohnungsherstellung zu fördern, sei ohne Eingreifen des Staates nicht möglich. Aus einer weitgehenden Erbschaftsbeteiligung werde man die erforderlichen Mittel nehmen können.

Dass die Aussichten über den Wohnungsbau nach dem Kriege auch aus andern Gründen nicht günstig sind, legte Baurat Ernst Bernhard dar. Zu allererst muß die durch den Krieg vollständiglahmgelegte Produktion der für die Bauwirtschaft notwendigen Rohstoffe wieder aufgebaut werden, der Betrieb von Steinbrüchen, Ziegelerien usw. Zum Schlus sprach Adolf Damaskos, der Vertreter des Hauptratsausschusses für Sozialerheimstätten, über „Kapital- und Bodenbeschaffung“.

Es wurde dann ein Arbeitsausschuß eingesetzt, in dem auch die Generalkommission der Gewerkschaften vertreten sein wird.

Über die Lage des deutschen Arbeitsmarktes im September 1917 berichtet das „Reichsarbeitsblatt“ in seinem Oktoberheft wie folgt: Der Gang der Beschäftigung im September, dem 38. Kriegsmonat, zeigt, daß dem deutschen Wirtschaftsleben eine unverminderte, nicht zu brechende Widerstandsfähigkeit innewohnt, mit der es aller Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen, Herr zu werden weiß. Dem September des Vorjahres gegenüber ist verschiedentlich auch im Berichtsmonat wieder eine Steigerung der Tätigkeit hervorgegangen. Im Bergbau und Witterbetrieb ist die Nachfrage nach wie vor außerordentlich lebhaft und die Beschäftigung unvermindert rege. Die Metall- und Maschinenindustrie arbeitete auch im September mit lebhafter Anspannung und kann dem Vorjahr gegenüber vielleicht eine Steigerung der Leistungen melden. Weiliches gilt für die elektrische Industrie. In den chemischen Betrieben sieht sich die Beschäftigung im allgemeinen auf der gleichen Höhe wie im Vormonat und im Vorjahr um die gleiche Zeit, einzelne Betriebszweige haben aber auch dem September 1918 gegenüber eine Steigerung des Geschäftsganges erfahren. Im Holzgewerbe möchte sich eine wesentliche Verschiebung der Beschäftigungsverhältnisse nicht gestellt. Die Lage des Befleldungsgewerbes war im September im ganzen ebenso befriedigend wie im Vormonat, zum Teil trat in diesem Gewerbe eine Verbesserung gegen den Vormonat her vor. Für den Baumarkt sind keine wesentlichen Abweichungen von der bisherigen Lage zu vermerken. Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände über die Beschäftigung im September lassen für Westpreußen und Sachsen keine wesentliche Veränderung der Lage des Arbeitsmarkts erkennen. In Thüringen ist das Angebot der weiblichen Arbeitskräfte gleich geblieben, das der männlichen Arbeitssuchenden aber zurückgegangen. In Hamburg zeigte sich demgegenüber eine Zunahme der männlichen Arbeitssuchenden bei einer gleichzeitigen Minde rung des weiblichen Arbeitsangebots. Aus Elsaß-Lothringen wird eine Zunahme der weiblichen Arbeitssuchenden gemeldet. In Hessen-Nassau und Hessen trat ein Rückgang der stellensuchenden jugendlichen Arbeiter her vor. Im übrigen verzeichnet eine Reihe von Arbeitsnachweisverbänden eine vermindernde Anspruchsnahme. So ist in Ostpreußen dem Vormonat gegenüber ein Rückgang der gemeldeten Arbeitskräfte und der offenen Stellen eingetreten. Auch für Berlin-Brandenburg ist die Lage durch eine allgemeine leichte Abschwächung zu kennzeichnen. In Königreich Sachsen wie in Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Schleswig-Holstein ging die Vermittlungstätigkeit zurück. Das gleiche gilt für das Rheinland. Auch in Westfalen wie in Württemberg verminderte sich die Zahl der Arbeitssuchenden.

Genossenschaftliches.

Eine Neuordnung der Tenerungszulagen wurde am 1. Oktober d. J. ab zwischen der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H. und den Verbänden der Fabrikarbeiter, Transportarbeiter, Tabakarbeiter, Handlungsgeschäftsleute, Holzarbeiter, Böttcher, Maschinisten und Heizer vereinbart. Dieselbe hat folgenden Wortlaut:

Die Teuerungszulage beträgt: für lebige männliche und weibliche Arbeiter sowie verheiratete Frauen, deren Männer erwerbstätig sind oder die Kriegsunterstützung beziehen, 25 pf.; für verheiratete Männer mit bis zu zwei Kindern und Arbeitern, die bis zu zwei Kindern allein zu ernähren haben, 30 pf.; für verheiratete Männer mit mehr als zwei Kindern und Arbeitern, die mehr als zwei Kinder allein zu ernähren haben, 35 pf.

Der Mindestsatz der Wochenzulage hat 4. 6 zu betragen. Personen, die höhere Teuerungszulagen bereits empfangen, als durch die Neuregelung der Teuerungszulagen ihnen aufzuhören, dürfen an dem Bezug nicht gefürstet werden.

Die bisherige Gehaltsgrenze für den Bezug der Teuerungszulage fällt fort.

Die neuen Sätze sollen vom 1. Oktober 1917 an auf sechs Monate, also bis zum 31. März 1918, gelten.

Soweit mit einzelnen Gewerkschaften oder für einzelne Betriebe Sonderabmachungen bestehen, bleiben diese vorstehendem unterstellt.

Verschiedenes.

Auktionierung der Zweimarkstücke. Am 1. Januar 1918 ist die Frist für die Auktionierung der Zweimarkstücke abgelaufen; sie verlieren von diesem Zeitpunkt ab die Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel. Wer sich also vor Schaden bewahren will, möge das beachten. Alle Reichs- und Landeskonten sind beauftragt, die Zweimarkstücke einzulösen.

Vom Ausland.

Österreich. Die Genossenschaft der Wiener Malermeister will einen Vertrag abschließen. So wenig Aussicht auch vorhanden war, daß es mit der Genossenschaft der Malermeister zu einer Verständigung schuf Abschlusses eines Lohnvertrages kommen wird, hielt es doch unsere Kollegen für ihre Pflicht, dennoch einen Versuch nach dem bekannten Tarifabschluß mit den Münchner Meistern zu machen. Sie gaben die Probe aufs Exempel gemacht, und das Resultat zeigt nun aufs Blatt, welches Blatt von Unkenntlichkeit dort vorhanden ist. Unsere Ansicht, schreibt jetzt der "Deforateur", das Verbandsorgan unseres österreichischen Brüderverbandes, daß diese Röhrerschaft weder die Fähigkeit, die Notwendigkeit der Zeit zu erkennen und ihr Rechnung zu tragen, noch den Willen, für eine ruhige und gesunde Entwicklung der beruflichen Beziehungen zu wirken, aufzuzeigen, wurde vollauf bestätigt. Der Genossenschaftsverschluß der Maler hat es abgelehnt, einen Vertrag abzuschließen. Wer etwas anderes erwartet hat, der mag enttäuscht sein, wir sind es nicht. Der Genossenschaftsausschuß sieht sich in seiner Mehrzahl aus solchen Unternehmern zusammen, die nie oder doch nur vorübergehend Gehilfen beschäftigen und daher kein Interesse an einem Vertrag haben. Einen Vorsteher, der sich verantwortlich fühlt, hat diese Genossenschaftszeit nicht, und so war es von vornherein klar, daß es so kommen wird. Eine offizielle Verständigung dieses Beschlusses haben wir bis jetzt noch nicht erhalten und müssen uns daher eine eingehendere Befreiung der ganzen Angelegenheit für später vorbehalten. Das eine aber wollen wir schon heute sagen: Wir haben, indem wir uns der großen Verantwortung bewußt sind, die die zukünftige Entwicklung und die überaus ernste Situation, der wir entgegengehen, allen berufenen Fachkenner aufgelegt, unsere Pflicht erfüllt und zu einer Verständigung die Hand geboten. Da nun von der Gegenseite jede Verständigung abgelehnt wird, hat auch diese die volle Verantwortung zu tragen. Wir wissen wohl, daß auch diese Feststellung auf jene Leute keinen Einbruck machen wird; denn Verantwortung ist ihnen ein unbekannter Begriff. Aber sagen wollen wir es allen jenen, die sich um die Zukunft unseres Berufes noch Gedanken machen. . . . Materiell werden die Gehilfen keinen Schaden haben, da der Vertrag in allen großen Betrieben anerkannt wird, und in den andern werden wir schon sorgen, daß ein Vertrag anerkannt wird, oder daß es keine Gehilfen bekommen. Der große Mangel an solchen macht es jedem einzeln möglich, dort Arbeit zu nehmen, wo die günstigsten Verhältnisse bestehen.

Die Freiheit in Amerika. Was wird nicht alles gesagt in den uns feindlich gegenüberstehenden Ländern von "Freiheit und Demokratie", womit Deutschland nach seiner Niederwerfung beglückt werden soll! Gang besonders der Student Jonathan von der andern Seite des großen Teides nimmt seinen Mund immer gewaltig voll mit leeren Phrasen. Wie es aber mit der "Freiheit" in Amerika selbst besteht ist unter dem Regime eines Wilson, das steht freilich auf einem andern Blatt. Nach dem "American Federation" blühen seit dem Eintritt Amerikas in den Krieg für Demokratie und Freiheit dort die Gewalttätigkeiten gegen die Arbeiterorganisation. So habe die Upper-Company in Bisbee, Arizona, ungefähr 2000 organisierte Minenarbeiter regelmäßig belagert und nach ihrer Kapitulation in Viehwagen in andere Gebiete deportieren lassen. Auch die organisierten Holzarbeiter dieser Gegend wurden gewaltsam, zum Teil mitten in der Nacht, aus ihren Häusern geholt und abgeschoben, wobei die Widerstand leisteten, auch Frauen und Kinder, mishandelt wurden. Ähnliche Vorkommnisse spielten sich in Gallup, Neu-Mexico, ab. Das Organ der englischen Möbelmöbel bemerkte dazu: "Herr Gompers ist er-

staunt über derartiges Vorgehen in einer solchen Zeit und verurteilt es aufs Schärfste. Dennoch arbeitet er bis über die Ohren in den "Verteidigungskomitees" mit den Kapitalisten zusammen."

Literarisches.

Die Glorre. Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 88). Erschienen ist soeben Heft 81. Einzelheft 80,-, vierzehntäglich 4.-8,- bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 22 des neunten Jahrganges hat unter anderem folgenden Inhalt: Der jugendliche Industriekrüppel. Von Heinrich Deermann. — Reichskanzler und Jugendshub. — Deutsche Dorforschung. Von W. Gollmann. — Bild der Arbeit. Gedicht von Karl Bröger. — Der Antrieb der Schiffe. Von Karl Anton. (Mit Abbildungen.) — Erschließung der russischen Ostseeprovinzen durch deutsche Kaufleute im Mittelalter. Von G. Engelbert Graf. — Herbstlied. Gedicht von Friedrich Rückert. — Todesanzeichen. — Aus der Jugendbewegung. — Im Lazarett. Gedicht von Artur Bickler.

Sven Hedin. "Bagdad — Babylon — Nineve." 188 Seiten, 28 Abbildungen (16 Photographien, 10 Zeichnungen Hedin's). Feldpostausgabe Nr. 1. Leipzig, V. A. Brockhaus. Aus dem gleichnamigen großen Werk Sven Hedin's, das in Kürze erscheinen wird, hat der bekannte Verlag von Brockhaus das vorliegende Buch im Auszug erscheinen lassen. Es ist kein Kriegsbuch im engsten Sinne, aber doch ein Buch, das auf keiner Seite die kriegerische Zeit seiner Entstehung verleugnet. Der Leser hört den Schrift türkischer Marschkolonnen auf jenen Wüstensanden, auf denen ehemals die Streitmacht babylonischer und assyrischer Könige einherzog; er sieht deutsche Batterien in türkischen Diensten den Caphat hinabfahren; Hedin begleitet sie auf einer abenteuerlich-romantischen Strecke über 1000 km den Fluss abwärts. In gewohnter Meisterschaft schildert er das Leben der Nomaden des Syrienlandes zwischen Caphat und Tigris und dazwischen das Elend der armenischen Flüchtlinge, die das unerbittliche Gebot des Krieges von der türkisch-russischen Front nach Süden verschlagen hat. Über diese Tagesereignisse steigen die Schatten einer großen Vergangenheit beherrschend empor. Hedin besucht die Ruinenfelder von Babylon und Nineve; er zeigt uns die Trümmer des Turmes von Babel, der assyrischen und babylonischen Tempel und all der gigantischen Bauwerke, deren Steine die Namen eines Nebukadnezar, Sanchrib und anderer verewigten. Ereignisse und Persönlichkeiten, die uns wie Sage und Mythe berühren, nehmen greifbare Wirklichkeit an, und in glänzenden Bildern zieht die ganze Menschheitsgeschichte an uns vorüber. Und so entstand ein Buch ganz eigener Art, das ebenso wie alle früheren Werke dieses berühmten Forschers in den weitesten Kreisen der deutschen Leserwelt gute Aufnahme finden wird.

Sterbetafel.

Berlin. Am 28. August starb der Kollege Carl Thönes, geboren am 22. Januar 1844 in Rathenow. — Am 18. Oktober starb der Kollege Julius Pilz, geboren am 18. Juli 1860 in Garz a. d. O. — Am 2. November starb der Kollege Karl Herbold, geboren am 25. September 1869 in Berlin.

Dresden. Am 27. Oktober verstarb an den Folgen eines durch Kriegsdienst zugezogenen Leidens unser langjähriges, treues Mitglied Kurt Grüttner im Alter von 35 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinstell.

Bericht der Hauptklasse vom 29. Okt. bis 3. Nov.

Eingesandt haben: Stralsund M. 60, Wiesbaden 302,99, Stuttgart 360, Mainz 400, Worms 66, Brandenburg 60.

Die Woche vom 11. bis 17. November ist die 46. Vertragswoche. H. Wentker, Rassierer.

Bekanntmachung der Expedition.

Der Papierknappheit wegen, auch in Rücksicht auf die unnötigen Ausgaben, ersuchen wir unsere Filialverwaltungen und Zahlstellen, nur so viele Exemplare "Vereins-Anzeiger" zu beziehen, als unbedingt notwendig sind. Die Kollegen im Felde sollen nach wie vor den "Vereins-Anzeiger" erhalten; aber in den Filialen und Zahlstellen dürfen nicht mehr verbleiben, als Mitglieder vorhanden sind.

Für die Nr. 47 erfolgt des Buhtages wegen bereits Sonnabend, den 17. November, Redaktionsschluss.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 43 des "Correspondenzblattes" bei.

Damarlack oder Standöl

i. fl. und groß. Quantitäten à lauf. gef. Offeren mit Probe umgehend erbeten.

Friedr. W. Wiegand
Oberhausen (Rheinland)
Lack- und Farbenfabrik.

Tapeten und Borden

habe in Partien günstig abzugeben
Aufz. unter Chiffre A. F. Nr. 20.

Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- Blaumeyer, Mich., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 7. 11. 94 zu Hamburg, seit 2. 4. 12 im Verband.
Blatt, Max., Mitglied der Filiale Oberstein, geb. 2. 7. 86 zu Hirschbach, seit 6. 10. 11 im Verband.
Böhlitz, Heinrich, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 8. 10. 87 zu Alten-Schwentin i. Pol., seit 24. 8. 06 im Verband.
Bottels, Karl, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 8. 8. 74 zu Hamburg, seit 5. 8. 99 im Verband.
Bornemann, Heinr., Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 8. 1. 97 zu Hamburg, seit 10. 4. 15 im Verband.
Brummer, Karl, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 18. 2. 77 zu Wiesbaden, seit 1. 8. 08 im Verband.
Carstens, Johann, Mitglied der Filiale Kiel, geb. 27. 2. 89 zu Kiel, seit 8. 9. 18 im Verband.
Dietrich, Hans, Mitglied der Filiale Schwerin, geb. 6. 11. 95 zu Kirch-Wulsdorf, seit 27. 4. 14 im Verband.
Dohrke, Max., Mitglied der Filiale Danzig, geb. 12. 7. 87 zu Danzig, seit 19. 8. 09 im Verband.
Eichhoff, Wilh., Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 18. 10. 77 zu Bremen, seit 20. 2. 04 im Verband.
Els, Stanislaus, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 10. 10. 85 zu Quedlinburg, seit 14. 1. 07 im Verband.
Eifeler, Karl, Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. 16. 8. 91 zu Braunschweig, seit 25. 4. 09 im Verband.
Gundermann, Wilhelm, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., geb. 80. 4. 98 zu Hasselbach, seit 18. 4. 14 im Verband.
Günther, Oskar, Mitglied der Filiale Meerane, geb. 28. 6. 90 zu Meerane, seit 11. 4. 10 im Verband.
Heidbreder, August, Mitglied der Filiale Bielefeld, geb. 1. 8. 91 zu Schloßbecke, seit 19. 8. 11 im Verband.
Heinig, Ernst, Mitglied der Filiale Altenburg, geb. 29. 8. 89 zu Altenburg, seit 17. 4. 07 im Verband.
Hohlfelz, August, Mitglied der Filiale Mistiss, geb. 18. 9. 90 zu Bielefeld, seit 1. 7. 09 im Verband.
Holst, Ernst, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 20. 11. 67 zu Wismar, seit 1. 4. 97 im Verband.
Jelschmann, Gotthold, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 12. 8. 96 zu Bornsdorf, seit 27. 2. 18 im Verband.
Jürgens, Karl, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 28. 2. 71 zu Kalbör (Kr. Plön), seit 25. 7. 16 im Verband.
Kalliwoda, Georg, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 21. 1. 78 zu Berlin, seit 4. 2. 1900 im Verband.
Kathser, Ernst, Mitglied der Filiale Trier, geb. 10. 7. 79 zu Trier, seit 15. 2. 18 im Verband.
Klemkow, Paul, Mitglied der Filiale Schwerin, geb. 27. 6. 81 zu Schwerin, seit 6. 10. 04 im Verband.
Knobloch, Gustav, Mitglied der Filiale Bielefeld, geb. 28. 1. 89 zu Kettwig i. W., seit 29. 7. 1900 im Verband.
Kraus, Karl, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 31. 3. 82 zu Döckheim, seit 25. 8. 99 im Verband.
Krumme, Gustav, Mitglied der Filiale Bielefeld, geb. 12. 10. 85 zu Siegmund, seit 15. 1. 05 im Verband.
Lehnitz, Otto, Mitglied der Filiale Leipzig, geb. 5. 2. 79 zu Probstheida, seit 1902 im Verband.
Leitmann, Reinhold, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 26. 12. 76 zu Berlin, seit 19. 8. 08 im Verband.
Lóngert, Wilhelm, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 23. 10. 86 zu Wiesbaden, seit 22. 8. 14 im Verband.
Maacke, Artur, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 1. 12. 86 zu Lissa, seit 24. 6. 05 im Verband.
Meier, Albert, Mitglied der Filiale Schwerin, geb. 28. 8. 72 zu Wittichenau, seit 15. 6. 05 im Verband.
Mens, Heinrich, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 8. 10. 88 zu Hamburg, seit 22. 3. 14 im Verband.
Pepmüller, Heinr., Mitglied der Filiale Bielefeld, geb. 24. 7. 92 zu Nieder-Dornberg, seit 24. 8. 13 im Verband.
Puppe, Hans, Mitglied der Filiale Elberfeld, geb. 17. 5. 97 zu Elberfeld, seit 2. 5. 14 im Verband.
Pyper, Erwald, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 28. 4. 87 zu Stettin, seit 5. 9. 14 im Verband.
Raddatz, Gustav, Mitglied der Filiale Danzig, geb. 6. 2. 90 zu Danzig, seit 3. 5. 08 im Verband.
Schädlich, Karl, Mitglied der Filiale Leipzig, geb. 23. 8. 92 zu Leipzig-Oohlis, seit 1910 im Verband.
Schlenzig, Alfred, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 23. 8. 97 zu Dresden, seit 1. 4. 16 im Verband.
Schmidbörsdorf, Heinrich, Mitglied der Filiale Kiel, geb. 22. 8. 88 zu Kiel, seit 1. 4. 02 im Verband.
Schulte, Heinrich, Mitglied der Filiale Düsseldorf, geb. 17. 1. 92 zu Düsseldorf, seit 11. 9. 09 im Verband.
Schulz, Willi, Mitglied der Filiale Hamburg, geb. 30. 7. 82 zu Hamburg, seit 29. 7. 03 im Verband.
Siebahn, Hans, Mitglied der Filiale Schwerin, geb. 21. 1. 98 zu Lüneburg, seit 24. 8. 18 im Verband.
Stein, Ernst, Mitglied der Filiale Bielefeld, geb. 27. 10. 90 zu Dörlinghausen, seit 26. 1. 13 im Verband.
Stollmann, Heinrich, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 24. 9. 89 zu Badische, seit 2. 5. 09 im Verband.
Ulrich, Karl, Mitglied der Filiale Wiesbaden, geb. 10. 4. 90 zu Wiesbaden, seit 6. 4. 08 im Verband.
Uth, Willi, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 6. 1. 74 zu Küstrin, seit 21. 4. 01 im Verband.
Weidensdörfer, Br., Mitglied der Filiale Zwickau, geb. 5. 3. 84 zu Reinsdorf, seit 17. 6. 11 im Verband.
Wille, Herm., Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. 12. 4. 82 zu Braunschweig, seit 12. 11. 04 im Verband.
Fischer, Friedrich, Mitglied der Filiale Dresden, geb. 23. 3. 90 zu Dresden, seit 19. 4. 07 im Verband.

Ehre ihrem Andenken!

Gudronit-Lack

(hochglänzender, schnell trocknender)

Asphalt-Lack

Qualität wie Friedensware, liefern in kleinen u. großen Mengen
E. Riedel & Co., Asphalt- u. Teererzeugnisse Königsberg Pr.